

kontrollierbare Eskalation der internationalen Spannungen in sich, die sich, wie es in der Erklärung heißt, unausweichlich negativ auf die Lage in Europa und in der ganzen Welt, auf den Ost-West-Dialog überhaupt auswirken wird.

Die fortgesetzten Luftangriffe von USA-Kampfflugzeugen auf Ziele in Libyen zeigen, daß der Weltfrieden aufgrund imperialistischer Macht- und Abenteuerpolitik nicht sicherer, sondern anfälliger geworden ist. Die seit Jahren den Frieden gefährdende Situation im Nahen Osten, die durch die israelische Aggression und die Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat gekennzeichnet ist, droht in unkontrollierbare Abgründe zu geraten. Dazu darf es nicht kommen. Es ist angesichts der aufs äußerste gespannten Lage nur zu begrüßen, daß nicht nur die arabische Welt, sondern die gesamte Menschheit die USA-Aggression gegen Libyen ablehnt und die US-Administration zur Besonnenheit aufruft. Dies um so mehr, weil unbesonnene Handlungen geeignet sind, eine Katastrophe heraufzubeschwören, die die ganze Menschheit in das Inferno eines neuen Weltbrandes stürzen kann, aus dem es keine Rückkehr gibt. Unsere Solidarität bekunden wir von dieser Stelle aus erneut dem anti-imperialistischen Kampf des libyschen Volkes. (Stürmischer Beifall.)

Nach unserer festen Überzeugung kann eine umfassende, gerechte und dauerhafte Regelung im Nahen Osten nur durch kollektive Anstrengungen aller interessierten Seiten erreicht werden. Wir unterstützen den Vorschlag, eine internationale Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der UNO einzuberufen, an der alle interessierten Seiten, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, teilnehmen sollten. Die Stärkung der Einheit der arabischen Länder und der PLO erachten wir als wesentliche Bedingung einer demokratischen Lösung der Probleme des Nahen Ostens. Dem Weltfrieden würde es dienen, wenn der Krieg zwischen Iran und Irak baldmöglichst beendet und eine Stabilisierung in der Golfregion herbeigeführt würde.

Wir unterstützen die Bemühungen, in den Verhandlungen zwischen Afghanistan und Pakistan eine politische Regelung zu erreichen. Entschieden verurteilen wir die Apartheidpolitik Südafrikas und fordern die Einstellung der Unterstützung imperialistischer Staaten für das Rassistenregime in Pretoria, das gegenwärtig in seinen Grundfesten erschüttert wird. Wir fordern Freiheit für Nelson Mandela und alle politischen Gefangenen. (Anhaltender, stürmischer Beifall.) Mit Nachdruck treten wir dafür ein, Namibia unverzüglich die Unabhängigkeit zu gewähren. Die aggressiven Handlungen, die Einmischung und die militärische Intervention imperialistischer Kräfte in Angola, Mocambique und anderen Staaten des südlichen Afrika müssen eingestellt werden.

Genossinnen und Genossen! Die friedliebende Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik entspringt dem humanistischen Wesen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Sie ist auf die Gewährleistung günstiger äußerer Bedingungen für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR gerichtet.